

Die stigmatisierte Volkskrankheit

Die Zahl der Demenzkranken wird in den nächsten Jahren stark zunehmen. Doch die Betreuungsangebote und das Wissen über die Krankheit hinken weit hinterher. Eine Kampagne will das ändern.



Bis 2050 werden in der Schweiz über 300'000 Personen betroffen sein: Ein Patient im Demenzzentrum Bethlehemacker in Bern. (Archivbild) Bild: Keystone

Von Raphaela Birrer
Bundeshausredaktorin
[@raphaelabirrer](#)

116'000 Menschen leiden in der Schweiz an Demenz. Hochrechnungen zufolge wird sich diese Zahl bis zum Jahr 2050 wegen der Alterung der Gesellschaft auf über 300'000 verdreifachen. Symptome, die mit der Demenz einhergehen, sind bereits jetzt die dritthäufigste Todesursache. Zudem sind heute 750'000 Personen – Angehörige und medizinisches Personal – täglich mit der Erkrankung konfrontiert. Mitte des Jahrhunderts werden es 1,5 Millionen Betroffene sein.

Die zunehmende Verbreitung dieser Hirnleistungsstörungen ist mit hohen Kosten verbunden; 2009 betragen sie gemäss dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) sieben Milliarden Franken. 95 Prozent davon entfallen auf die professionelle Pflege und die private Betreuung.

Diese Zahlen verdeutlichen: Demenz wird zur Volkskrankheit – und damit zu einer der grössten Herausforderungen für das Gesundheitswesen. Trotzdem wird sie von der Gesellschaft bislang stiefmütterlich behandelt. Der Bevölkerung fehlt es [gemäss einer schweizweiten Befragung](#) an Wissen über Demenz, den Pflegeheimen an adäquaten Plätzen und den betreuenden Angehörigen an Unterstützung.

Zu späte Diagnose

Bund und Kantone wollen das ändern: In der nationalen Demenzstrategie 2014–2017 haben sie Ziele vereinbart, um auf die mittlerweile epidemische Dimension der Erkrankung reagieren zu können. Heute startet als erste Massnahme eine [Sensibilisierungskampagne](#) der Organisationen Pro Senectute und Schweizerische Alzheimervereinigung. Sie soll die Öffentlichkeit aufklären und dadurch die Früherkennungs- und Diagnoseraten steigern. Denn weniger als 50 Prozent der Menschen mit einer Demenz haben eine klare Diagnose. Die Krankheit fällt den Angehörigen häufig erst dann auf, wenn eindeutige Symptome wie Vergesslichkeit oder eine Wesensveränderung auftreten. Doch dann ist das Gehirn bereits stark geschädigt. Das Wissen über die weitverbreitete Krankheit ist gering, weil sie mit einem Tabu behaftet ist: «Für viele gibt es nichts Schlimmeres als die Vorstellung, im Alter dement zu werden. Mit der Einstellung, dass es sich bei der Krankheit um eine Katastrophe handelt, erschweren wir uns als Gesellschaft den Umgang mit dem Thema», sagt Andreas Maercker, Professor für Psychopathologie und Klinische Intervention an der Universität Zürich. Dabei gäbe es durchaus eine alternative Betrachtungsweise: «Wir sollten Demenz als umgekehrte Entwicklung in einen kindheitsähnlichen Zustand der Naivität sehen. Mit einer solchen Herangehensweise kann Freude statt Scham den Umgang mit Dementen bestimmen.»

Ein Rezept gegen die Kostenexplosion

Auch Charlotte Fritz von Pro Senectute sagt, die Angst verhindere die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der Erkrankung und führe zu Vorurteilen. Das sei auch für die Angehörigen belastend: Oft wagten sie es aus Scham nicht, Hilfe für die Betreuung der erkrankten Person zu suchen. «Die Angehörigen dürfen aber genauso wenig allein gelassen werden wie die Menschen mit Demenz», sagt Birgitta Martensson, Geschäftsleiterin der Alzheimervereinigung.

Die Hälfte der Demenzkranken lebt zu Hause und wird von Familienmitgliedern gepflegt. «Die Angehörigen müssten dringend entlastet werden. Sie und die Patienten sollten ab der Diagnosestellung kontinuierlich von Beratern begleitet werden», so Martensson. Zudem müsse das Angebot an Tages- und Nachtstätten, temporären Plätzen in Pflegeheimen, Wohngruppen für Demenzkranke und ambulanten Pflegediensten in den eigenen vier Wänden ausgebaut werden.

In der besseren Unterstützung der Angehörigen sehen die Expertinnen auch die Lösung, um einer «unkontrollierten Kostenexplosion» entgegenzuwirken. «Angesichts der Kosten, die durch die Betreuung in stationären Einrichtungen entstehen, ist es sinnvoll, weiter in den ambulanten Bereich zu investieren, damit Demenzkranke so lange wie möglich zu Hause bleiben können», sagt Fritz. Sie sieht Bund, Kantone und Gemeinden in der Pflicht, sich stärker finanziell zu engagieren. Da immer mehr Angehörige beruflich stark eingebunden seien, müssten sie nicht nur entlastet, sondern auch finanziell entschädigt werden.

Das Problem verlangt neue Einstellungen

Weiterer Handlungsbedarf besteht gemäss den Organisationen bei der Ausbildung: Wenn dereinst täglich 1,5 Millionen Menschen mit Demenz konfrontiert sein werden,

müssen sie ausreichende Kenntnisse über die Krankheit haben. «Das betrifft nicht nur das medizinische Personal, sondern alle Mitarbeiter der Pflegeinstitutionen – von der Leitung bis zu den Reinigungskräften. Nur mit einer adäquaten Ausbildung können sie das als herausfordernd empfundene Verhalten von Dementen interpretieren», sagt Martensson.

Die Herausforderungen für die Institutionen und die gesetzlichen Regelungen sind aber nicht die einzigen Knackpunkte, sagt Maercker. Die weite Verbreitung der Krankheit verlange auch nach neuen Einstellungen. «Wir müssen uns zum Beispiel fragen: Wer sollen die Pflegenden für Demenzkranke sein – Inländer oder Migranten? Oder wie positionieren wir uns gegenüber dem Pflegetourismus von Betroffenen, die in kostengünstigeren Ländern betreut werden wollen?» (Tagesanzeiger.ch/Newsnet)
(Erstellt: 27.05.2015, 18:52 Uhr)